

Stadtrat Nidau

PROTOKOLL

3. Sitzung des Stadtrates

19.09.2019, 18:00 – 19.15 Uhr

Aula Schulhaus Weidteile, Lyss-Strasse 34, 2560 Nidau

	Anwesend	Abwesend (entschuldigt)
Präsidentin:	Evard Amélie, FDP	
1. Vizepräsidentin:	Kast Esther, Grüne	
2. Vizepräsident:	Baumann Markus, SVP	
Stimmzählerin:	Kallen Noemi, SP	
Stimmzähler:	Spycher Thomas, FDP	
Mitglieder:	Blösch-Althaus Paul, EVP Bongard Bettina, SP Deschwanden Inhelder Brigitte, SP Döhrbeck Michael, Grüne Egger Tobias, SP Gabathuler Leander, SVP Grob Oliver, SVP Hauser Joel, EVP Jenni Hanna, PRR Kallen Nils, SP Kessi Damian, SP Kessi Valérie, SP Lehmann Ralph, FDP Leiser Matthias, FDP Lucchini-Gutiérrez Olea Maria del Carmen, Grüne Lützelschwab Rickenbacher Kathleen, SP Münger Tamara, BDP Pauli Pauline, PRR Romdhani Soumaya, Grüne Rubin Michael, Grüne Rutishauser Roland, SVP Sauter Viktor, SVP (ab Trakt. 3) Schneiter Marti Susanne, FDP Stucki-Steiner Carine, Grüne Wingeyer Ursula, SVP	
Der Stadtrat ist beschlussfähig.		

Gemeinderat:	Hess Sandra, Stadtpräsidentin Eyer Marc, Vizestadtpräsident Fuhrer Martin Friedli Sandra Lutz Roland Messerli Philippe Schwab Kurt	
Sekretär:	Ochsenbein Stephan	
Protokollführerin:	Jennings Manuela	
Planton:	Leyvraz Frederik	
Abteilungsleitende:	Rhiner Dominik Zesiger Martin Lindegger Reto	Spreyermann Christine

5

Traktanden

Teil 1: Traktanden

1. Protokoll Nr. 2 vom 20. Juni 2019 – Genehmigung
- 10 2. Wahlen - Ersatzwahl Mitglied Infrastrukturkommission
3. Neubau Schiessanlage Spärs – Investitionskredit
4. M 187 Überparteiliche Motion zur Seewassernutzung für Nidau
5. I 125 Fällung von Bäumen in der Schutzzone (Mittelstrasse/Stadtgraben)

Teil 2: Behördenaustausch Schliengen (D)

- 15 Eine Behördendelegation der Partnergemeinde Schliengen nimmt an der Stadtratssitzung teil. Im Anschluss findet für die geladenen Gäste ein Apéritif Dînatoire statt.

Verhandlungen

- 20 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Liebe Stadtratskolleginnen, liebe Kollegen, sehr verehrte Stadtpräsidentin, liebe Mitarbeitende der Verwaltung, geschätzte Vertreterinnen der Medien, liebe Gäste im Publikum. Ich begrüsse Sie alle herzlich zur dritten Stadtratssitzung im laufenden Jahr. Herzlichen willkommen heisse ich die extra angereiste Delegation aus unserer Partnerstadt Schiengen. Ich hoffe, Sie hatten eine reibungslose Anreise zu uns nach Nidau. Wir freuen uns sehr,

25 dass Sie heute hier sind. Auch speziell begrüssen möchte ich Roland Rutishauser zu seiner ersten Stadtratssitzung in der laufenden Legislatur.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe, Sie konnten die Sommerferien geniessen. Ich bin überzeugt, dass Sie in dieser Zeit neue politische Ideen aushecken konnten und ich freue mich sehr auf eine fruchtbare Zusammenarbeit in den nächsten zwei Sitzungen in diesem Rat.

30 Wie Sie alle in der Einladung lesen konnten, erstreckt sich die heutige Stadtratssitzung über zwei Teile. Der erste Teil besteht aus den Traktanden mit allen Geschäften, die heute in der ordentlichen Sitzung abgearbeitet werden und aus einem zweiten Teil aus einem Behördenaustausch mit Schiengen bei einem Apéro mit geladenen Gästen.

Wir beginnen mit dem ersten Teil der Sitzung. Entschuldigt ist niemand. Ich sehe aber, dass 35 Stadtrat Viktor Sauter noch nicht hier ist. Daher sind wir im Moment 29 Stadträtinnen und Stadträte. Der Rat ist gemäss Artikel 20 der Geschäftsordnung beschlussfähig, das absolute Mehr beträgt 15. Wünscht jemand aus der Ratsmitte die Diskussion von aktuellen Fragen? Dies scheint nicht der Fall zu sein.

Die Traktandenliste wurde fristgerecht mit dem Datum vom 5. September 2019 verschickt. Bei 40 uns sind keine Änderungsanträge eingegangen. Gibt es jetzt noch Änderungsanträge aus der Ratsmitte? Dies ist nicht der Fall. Die Traktandenliste gilt als genehmigt.

Es liegen keine Fraktionserklärungen vor.

Dann kommen wir zur Behandlung der Traktanden.

1. Protokoll Nr. 2 vom 20. Juni 2019 - Genehmigung

Sitzung

19. September 2019

45 nid 0.1.6.1 / 2

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Wir kommen zum ersten Traktandum. Es sind keine Änderungsanträge zum Protokoll eingegangen. Wir kommen somit zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Nidau beschliesst mit 25 Ja / 4 Enthaltungen

50

1. Das Protokoll der 2. Sitzung vom 20. Juni 2019 wird genehmigt.

2. Wahlen – Ersatzwahl Mitglied Infrastrukturkommission

Ressort
Sitzung

Präsidiales
19.09.2019

nid 0.1.8.0 / 4

55 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Wir kommen zum zweiten Traktandum, zur Ersatzwahl eines Mitglieds der Infrastrukturkommission in Folge des Rücktritts von Thomas Marolf. Gibt es Vorschläge aus der Ratsmitte?

Leander Gabathuler, SVP: Liebe Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, die SVP-Fraktion schlägt Peter Jenzer als Nachfolge von Thomas Marolf vor.

60

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank. Gibt es weitere Vorschläge? Scheint nicht der Fall zu sein. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Nidau beschliesst einstimmig gestützt auf Artikel 52 Absatz 3 Buchstabe b der
65 Stadtordnung bzw. Art. 16 der Geschäftsordnung des Stadtrates:

1. Als Mitglied der Infrastrukturkommission wird gewählt: Peter Jenzer
2. Die Amtsdauer läuft vom 19. September 2019 bis 31. Dezember 2021.

3. Neubau Schiessanlage Spärs - Investitionskredit

Ressort
Sitzung

Hochbau
19. September 2019

70 nid 9.4.8.1 / 2.1

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Wir kommen zur Behandlung von Traktandum 3. Wird
das Eintreten bestritten? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Ich erteile das Wort dem zuständigen
Gemeinderat.

75

Ressortvorsteher Hochbau, Kurt Schwab: Frau Stadtratspräsidentin, meine Damen und Her-
ren, liebe angereiste Gäste. Ich möchte nicht auf die ganze Vorgeschichte im Detail eingehen, die
zu diesem Investitionskredit geführt hat. Die Gebäudeanalyse des Schützenhauses hat ergeben,
dass die Instandstellung des bestehenden Schützenhauses rund 2 Millionen kosten würde. Hinzu
80 kam die Auflage von Seiten Bund und Kanton zur Sanierung des Kugelfangs. Daraus resultierte
die Vorlage, über die der Stadtrat heute Abend befinden kann. Eigentlich handelt es sich um zwei
voneinander unabhängige Dinge, wobei der Teil der Sanierung des Scheibenstands auch noch-
mals zweigeteilt werden kann. Einerseits müssen die Altlasten gemäss Vorgaben bis Ende 2020
saniert werden. Wenn im Spärs weiter geschossen werden soll, müssen andererseits die Schei-
85 ben, die dort weiterhin gebraucht werden, mit einem künstlichen Kugelfang ausgerüstet werden.
Der andere Teil ist die Sanierung des Schützenhauses. Die Infrastruktur und die bauliche Sub-
stanz sind in die Jahre gekommen. Ein Architekturbüro hat eine Analyse und eine Kostenschät-
zung vorgenommen. Diese hat ergeben, dass die Küche, die sanitären Anlagen und die elektri-
schen Anlagen in einem desolaten Zustand sind, hinzu kommt die fehlende Rollstuhlgängigkeit. Es
90 wurde festgestellt, dass die gesamte Dachkonstruktion, sowohl bei den Metallträgern als auch den
Betonelementen, gravierende Mängel aufweist und dass das Gebäude nicht mehr dem Komfort
und den vorschriftsmässigen Nutzungsbedingungen entspricht. Die Kostenschätzung hat ergeben,
dass für die Sanierung des Schützenhauses 2 Millionen investiert werden müssten. All diese As-
pekte haben dazu geführt, dass die Variante Neubau des Schützenhauses in Betracht gezogen
95 und die vorliegende Variante ausgearbeitet wurde. Sie wissen, die Bearbeitung dieses Geschäfts
wurde Port übertragen, Nidau aber ist nach wie vor zuständig für die finanziellen Belange. Zu den
Zahlen: Die Sanierung des Kugelfangs muss wie gesagt bis 2020 ausgeführt werden, um mit ei-
ner entsprechenden Kostenbeteiligung des Bundes rechnen zu können. Diese wird rund 320'000
Franken betragen. Die Sanierung des Bodens ist ziemlich aufwändig und entsprechend teuer.
100 Rund eine Million wird das kosten. Damit weitergeschossen werden kann, muss die Kugelfangan-
lage mit neuem, künstlichen Kugelfang ausgerüstet werden. Dafür wird mit knapp einer Million
gerechnet. Deshalb ist der Teil Scheibenstand mit 1.9 Millionen veranschlagt. Zum Schützenhaus:
Die Variante Neubau ziehen wir der Renovation des bestehenden Schützenhauses vor. Für diesen
Neubau, inklusive Abbruch des alten Gebäudes, sind jetzt noch 1.5 Millionen, also eine halbe Mil-
105 lion günstiger als für die Renovation vorgesehen. Wie gesagt, handelt es sich um zwei voneinan-
der unabhängige Geschäfte, die wir mit 3.4 Millionen Franken veranschlagen. Wenn wir die Kos-

tenbeteiligung von 320'000 Franken erhalten, macht es rund 3 Millionen Franken. Es gibt vertraglich eine Kostenaufteilung, laut welcher Nidau rund 50 Prozent der Kosten trägt. Das hat zu den 1.7 Millionen geführt. Noch etwas zum Unterhalt: Die bisherigen Kosten für den Unterhalt sind in den letzten Jahren ständig gestiegen. Auch weil der Zustand des Gebäudes selbst immer schlechter wurde. Zum Teil belief er sich auf bis zu 90'000 Franken. Wenn wir die Investitionen nicht so ausführen, wie ich es mir denke, dann werden sich die Unterhaltskosten auf etwa 100'000 Franken belaufen. Jetzt geht es im Stadtrat darum, das Geschäft zu diskutieren, Vor- und Nachteile abzuwägen, und danach zu entscheiden.

115

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank. Jetzt ist der Stadtrat vollzählig und das absolute Mehr beträgt nicht mehr 15, sondern 16 Stimmen. Ich erteile das Wort dem Sprecher der GPK.

120

GPK, Nils Kallen: Vielen Dank, Frau Stadtratspräsidentin, guten Abend, liebe Anwesende, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die GPK übergibt das Geschäft dem Stadtrat.

125

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Ich erteile das Wort der Sprecherin der Bürgerlichen Fraktion.

Bürgerliche Fraktion, Susanne Schneiter Marti: Guten Abend, wertere Stadtratspräsidentin, wertere Gäste, wertere Gemeinderäte, liebe Kollegen. Die Bürgerliche Fraktion und die SVP-Fraktion stellen einen Rückweisungsantrag zu diesem Stadtratsgeschäft.

130

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Ich erteile das Wort der Sprecherin der SP-Fraktion.

135

SP-Fraktion, Bettina Bongard: Guten Abend. Die SP-Fraktion lehnt diesen Investitionskredit einstimmig ab. Mit grosser Freude haben wir festgestellt, dass die Unterlagen zum vorliegenden Projekt klar, kurz und verständlich unterbreitet wurden. Dafür danken wir dem Gemeinderat. Es ist uns wichtig, dass die Altlastensanierung des Kugelfangs bis Ende 2020 realisiert wird, damit die Kostenbeteiligung eingefordert werden kann. Auch, dass für die 60 Nidauer Soldatinnen und Soldaten eine sinnvolle, externe Lösung gesucht wird, damit diese auch in Zukunft ihr obligatorisches Schiessen absolvieren können. Wir vertreten aber ganz klar die Meinung, dass wenn man Investition in diesem Masse tätigen will, diese dort eingesetzt werden müssen, wo möglichst viele Nidauerinnen und Nidauer einen grossen Nutzen haben. Es kann nicht sein, dass wir einerseits eine Schiessanlage für diesen Schiessverein finanzieren und andererseits die notwendigsten Sanierungen unserer Schulhäuser liegen bleiben. Im Schlussbericht der Schulhausplanungen - das liegt nun schon zwei Jahre zurück - war ganz klar ersichtlich, dass der Schulraum einen erheblichen Sanierungsbedarf aufweist. Dies sind für uns ganz klar Projekte, die oberste Priorität haben. Ich komme zum Schluss: lieber schliessen statt schiessen, gleichzeitig priorisieren und sanieren.

145

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank. Ich erteile das Wort dem Sprecher der SVP-Fraktion.

150

SVP-Fraktion, Oliver Grob: Guten Abend liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Wir werden den Rückweisungsantrag unterstützen. Zudem haben wir ein paar Fragen zum Geschäft, die wir gerne beantwortet hätten.

155 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Das kommt im Anschluss. Ich erteile das Wort dem Sprecher der Fraktion EVP / Grüne.

Fraktion EVP / Grüne, Michael Döhrbeck: Geschätzte Stadtratspräsidentin, geschätzte Stadtratspräsidentin, geschätzte Stadträtinnen und Stadträte. Wir würden gerne einen Änderungsantrag stellen. Die Fraktion EVP / Grüne dankt für die saubere Auftrennung der Kosten. Wir sind der
160 Meinung, dass für 60 Obligatoren und 26 Vereinsmitglieder die Kosten einfach deutlich zu hoch sind.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank. Wir kommen zum Rückweisungsantrag.

165 **Susanne Schneiter Marti, Bürgerliche Fraktion:** SVP-Fraktion und die Bürgerliche Fraktion beantragen die Rückweisung des Geschäfts mit folgendem Auftrag an den Gemeinderat: Es ist ein neuer Vertrag mit einem anderem Verteilschlüssel der Kosten mit den Gemeinden Brügg und Port auszuhandeln, der sich auf die Beiträge der Investitionskosten und Unterhaltskosten auswirkt. Eine kostengünstigere Variante des Projekts ist auszuarbeiten, die sowohl die Sanierung, sowie
170 ein Neubau und die entsprechende, zu erwartende Lebensdauer der beiden Varianten beinhaltet. Alternative Varianten für den Schiessbetrieb sind aufzuzeigen.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Besten Dank. Die Diskussion über den Rückweisungsantrag ist eröffnet.

175

Thomas Spycher, FDP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ich möchte kurz ausführen, weshalb ich beliebt machen möchte, diesen Rückweisungsantrag zu unterstützen. Im Gegensatz zur SP möchten wir diesen Schiessbetrieb nicht unbedingt einstellen. Aber sicherlich nicht zu diesem Preis, den wir hier vorliegen haben. Im Gegensatz zur SP finden
180 wir, dass es unglaublich ist, dass man für ein 3.4 Millionen Projekt, über das wir heute abstimmen, 5 A4-Seiten erhalten. Denn dieses ist alles andere als vollständig. Es werden keine Alternativen aufgezeigt. Ich bin selber kein Schütze und verstehe dies zu wenig. Daher wäre ich darauf angewiesen, dies einschätzen und abwägen zu können, aber das kann ich nicht. Ich kann nur entweder ja oder nein sagen. Und deshalb sage ich ganz klar nein, denn es ist viel zu teuer. Un-
185 bestritten in unserer Fraktion ist auch, dies möchte ich betonen, dass man die Altlasten bis 2020 sanieren muss. Das andere eilt nicht derart und ich möchte nicht diesen Betrag für die Schiessanlage ausgeben. Deshalb bitte ich Sie sehr, diesen Rückweisungsantrag zu unterstützen.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Besten Dank. Weitere Wortmeldungen?

190

Oliver Grob, SVP: Ich möchte nur kurz erwähnen – um ein Votum für die Schützen zu machen – dass der Rückweisungsantrag in keiner Weise gegen die Schützen geht. Wir von der SVP stellen die meisten Schützen in diesem Raum. Deshalb soll dies ganz klar verstanden werden. Aber wir sollten Alternativen haben, ob es vielleicht eine günstigere oder vielleicht eine bessere Variante
195 gibt. Und dies sollte mit den Schützen besprochen werden, um die Bedürfnisse zu vergleichen. Zudem haben sich die Bevölkerungszahlen dieser drei Gemeinden in den letzten Jahren verändert. Die eine ist mehr und die andere weniger gewachsen. Auch dieser Faktor sollte berücksichtigt werden.

200 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Vielen Dank. Ich erteile das Wort Ralph Lehmann.

Ralph Lehmann, FDP: Frau Stadtratspräsidentin, werde Kolleginnen und Kollegen, guten Abend, liebe Gäste – es gibt noch ein anderer Aspekt, weshalb ich die Rückweisung gegenüber der kompletten Ablehnung bevorzugen würde. Wir haben hier ein Geschäft, das sich über drei verschiedene
205 ne Gemeinden erstreckt und ich glaube wir dürfen nicht so egoistisch sein und sagen Nidau wolle dies nicht. Ich denke wir sollten dem Gemeinderat die Chance geben, mit den anderen Parteien, den anderen Gemeinden und mit den Schützen zu prüfen, ob es eine Möglichkeit gibt, wie man hier etwas verbessern kann an diesem Geschäft.

210 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Gibt es weitere Meldungen?

Brigitte Deschwanden Inhelder, SP-Fraktion: Ich würde gerne rasch erklären, warum ich diese Rückweisung ablehne. Dieses Geschäft besteht aus drei Teilen. Altlastensanierung, das ist klar, das müssen wir machen. Und es ist auch gut, wenn wir das heute entscheiden. Wenn wir
215 das Geschäft zurückweisen, können wir das heute nicht entscheiden. Bereits ein Punkt, weshalb ich das Geschäft nicht zurückweisen möchte. Das zweite ist das Obligatorische. Das ist eigentlich unabhängig, bei der Kostengutsprache muss man diesbezüglich sowieso eine Lösung finden. Und das dritte ist, dass ein Schützenverein eigentlich nicht so fruchtbar für eine Gemeinde ist, dass wir ihn in diesem Ausmass unterstützen sollten. Das ist für mich der Hauptgrund. Wenn wir jetzt
220 zurückweisen, mit kostengünstiger Variante, dann müssten wir dazu nachher Ja sagen. Mir ist es sympathischer, dass wir das Geschäft aufteilen und darum kann ich der Rückweisung nicht zustimmen.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Besten Dank. Ich erteile das Wort Ralph Lehmann.

225

Ralph Lehmann, FDP: Ich möchte gerne eine Replik erwidern. Die Situation ist so, dass die beiden anderen Gemeinden sowieso erst Ende November und im Dezember abstimmen an ihren Gemeindeversammlungen. Somit hätten wir Zeit, dies in unsere Stadtratssitzung vom November zu integrieren. Es wird vorher nicht darüber entschieden, ob saniert wird oder nicht. Und bei der
230 Sanierung sind wir uns unbestritten einig, dass das gemacht werden soll – solange wir die Bundesbeiträge dafür erhalten, das ist klar. Aber wenn wir es jetzt zurückweisen und dann verlangen, dass es im November vor den Stadtrat kommt, dann haben wir alle drei Gemeinden im November und Dezember und erst danach kann man etwas machen. Also dies zum Termin. Und das andere, betreffend Verein. Es gibt halt zwei Dinge in diesem Schiesswesen. Das eine ist das Vereinswesen, das ist der Sport, und das andere ist das Obligatorische, bei dem man als Gemeinde keinen Schiessstand zu haben braucht – das gebe ich zu – aber man muss den Schützen die Chance
235 geben, dass sie ihrer Verpflichtung nachkommen können. Es ist obligatorisch. Also man kann das alles nicht auf den Verein abschieben.

240 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Besten Dank. Ich erteile das Wort Bettina Bongard.

Bettina Bongard, SP-Fraktion: Liebe Anwesende, ich werde diesen Antrag ganz klar ablehnen. Denn wenn man ein bisschen recherchiert, sieht man sofort, dass wir in der Umgebung 12 Schiessstände haben. Alle diese Schiessstände müssen ihren Kugelfang auch irgendwann sanieren. Und wenn wir unsere 60 Schützen auf diese 12 Stände auslagern, macht das pro Schiessstand, auch wenn sie überlastet sind, nur noch 5 Personen. Das wäre der erste Punkt. Das zweite
245 ist, dass wir etwas visionär sein sollten. Wir müssen ein bisschen in die Zukunft schauen. In der heutigen Zeit ist es überhaupt kein Problem, dies im Simulator zu machen. Es gibt beispielsweise im Fricktal ein Schiesskino – das habe ich auch recherchiert – einerseits entsteht dabei keine

250 Umweltbelastung durch Patronen und andererseits hat man keine Lärmbelastung und es spart
ganz viel teure Munition. Piloten lernen bekanntlich auch nicht im Jumbojet fliegen, auch diese
haben Simulatoren. Und schliesslich kann das erwähnte Schiesskino auch noch für Events genutzt
werden und Jäger finden sie auch super gut. Ich appelliere an Sie, dass wir uns visionär verhal-
ten.

255

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank für dieses Votum. Oliver Grob, Sie haben das
Wort.

Oliver Grob, SVP: Betreffend diesen 5 Soldaten, die dann auswärts schiessen müssen. Machen
260 Sie das bei den Schulzimmern auch so? Wenn eine Schule überlastet ist, dass Schüler auf die
nächsten fünf Klassen aufteilt werden?

Thomas Spycher, FDP: Ich hätte da mal eine Frage an Stadträtin Brigitte Deschwanden Inhel-
der. Sie möchten über den Kugelfang entscheiden, aber das Geschäft ablehnen. Wie geht das?

265

Brigitte Deschwanden Inhelder, SP-Fraktion: Wie Sie wissen, gibt es im Hintergrund noch
andere Anträge. Daher hoffe ich doch, dass das möglich ist.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Besten Dank.

270

Tobias Egger, SP-Fraktion: Seit drei Jahren, seit Juni 2016 warten wir nun schon darauf, dass
sich etwas beim Schulraum bewegt und dort bekommen wir übrigens das Geld von den umliegen-
den Gemeinden und müssen nicht einfach fünfzig Prozent hinblättern. Wenn wir schon solidarisch
und nicht egoistisch sein wollen, hätten wir dort mal vorwärts machen müssen und nicht hier Zeit
275 verwenden sollen, dann würden wird dies schon etwas mehr goutieren. Aber so können wir dies
nicht unterstützen.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank.

Brigitte Deschwanden Inhelder, SP-Fraktion: Ich glaube, wir müssen das Schiessen in einem
historischen Zusammenhang sehen. Als man dies mit den anderen Gemeinden entschied, hatte
das Schiessen noch eine ganz andere Funktion. Es diente der Sicherheit, es machte Spass – was
es heute wahrscheinlich immer noch tut, ich erinnere mich, dass ich einst mit dem ehemaligen
Stadtpräsidenten Adrian Kneubühler schiessen gehen durfte. Aber es ist ein Verein. Und dessen
285 Bedeutung ist heute einfach nicht mehr dieselbe wie vor mehreren Jahren. Ich kenne keinen ein-
zigen Nidauer Verein, der je so viel Geld hatte. Es ist nicht Auftrag der Gemeinde. Nichts gegen
das Schiessen, die sollen das machen, aber dafür müssen sie selbst aufkommen.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Besten Dank.

290

Damian Kessi, SP-Fraktion: Ich möchte gerne noch etwas zum Obligatorischen sagen. Diese 60
Schützen standen nun mehrfach im Raum. Es ist nicht so, dass wir hier nur 60 Schützen hätten
für das obligatorische Schiessen. Nidau hatte Ende letzten Jahres ungefähr 6900 Einwohner.
Wenn man die Zahl des Kantons als Durchschnitt nimmt, sind 16 Prozent Ausländer, bei denen
295 die Schiesspflicht entfällt. Die Hälfte dieser Einwohner sind Männer – ich pauschalisiere hier ein-
fach. Und wenn man sagt, dass 60 Prozent von denen noch schiesspflichtig oder militärpflichtig
sind und wenn man auf die Altersgruppe 20 bis 35 Jahre reduziert, dann kommt man auf etwa

350 Personen. 60 davon schiessen im Spärs, das sind etwa 20 Prozent. Also haben wir bereits 80 Prozent aller Schützen, die bereits woanders schiessen.

300

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Besten Dank. Möchte sonst noch jemand das Wort erteilt haben zu diesem Rückweisungsantrag? Wenn dies nicht der Fall ist, erteile ich dem zuständigen Gemeinderat das Schlusswort.

305

Ressortvorsteher Hochbau, Kurt Schwab: Zwei Dinge: Erstens zur Klarstellung - wenn man nach 2020 im Spärs noch schiessen möchte, müssen die Kugelfangkästen montiert sein. Zweitens - den Schlüssel von 1979 entstand aufgrund der damaligen Bevölkerungszahl. Dies hat sich zwischenzeitlich etwas verschoben.

310

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Besten Dank. Wir kommen zur Abstimmung über den Rückweisungsantrag:

Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag mit 14 Ja / 16 Nein ab.

315

Ich erteile das Wort Michael Döhrbeck für den Änderungsantrag.

320

Döhrbeck Michael, Fraktion EVP/Grüne: Wir beantragen eine Teilung dieses Geschäfts. In einer ersten Abstimmung soll über die Altlastensanierung des Kugelfangs (Position A, Seite 3 des Antrags) befunden werden und in einem zweiten Teil über die Erneuerung der Schiesseinrichtung, (Position B, Seite 3 des Antrags) sowie die Erneuerung des Schützenhauses (Position C, Seite 3 der Antrags). Uns ist wichtig, dass die Altlastensanierung nicht verschoben wird, denn die steht sowieso an und die finanzielle Beteiligung von Seiten Bund wird bis höchstens 2020 gewährt.

325

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Besten Dank. Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag.

Der Stadtrat stimmt dem Änderungsantrag mit 28 Ja / 2 Nein zu.

Die Diskussion über das geteilte Geschäft ist eröffnet.

330

Oliver Grob, SVP: Ich möchte eine Frage zum Unterhaltsvertrag stellen. Dieser wurde per 1. Januar 1980 abgeschlossen. Alle zehn Jahre wird er verlängert. Nun wurde er scheinbar per 1. Januar 2019 verlängert. Wo ist das fehlende Jahr? Nach mir wäre es der 1. Januar 2020.

335

Ressortvorsteher Hochbau, Kurt Schwab: Es ist so, der Vertrag ist gültig per 1. Januar 2020. Aber: 1 Jahr im Voraus – wenn er nicht gekündigt wird, verlängert er sich automatisch um zehn Jahre. Er muss also ein Jahr im Voraus gekündigt werden, wenn man auf den 1. Januar 2020 kündigen will. Ansonsten wird er stillschweigend um zehn Jahre verlängert.

340

Oliver Grob, SVP: Wären in dieser Phase Anpassungen noch möglich?

Ressortvorsteher Hochbau, Kurt Schwab: Das steht im Vertrag nicht drin.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Besten Dank. Möchten noch andere das Wort erteilt haben? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit kommen wir zur getrennten Abstimmung

Stadtratsbeschluss

1. Die Altlastensanierung des Kugelfangs wird einstimmig angenommen.
2. Die Erneuerung des Schützenhauses und der Schiessanlage wird mit 27 Nein / 2 Ja / 1 Enthaltung abgelehnt.

350

4. Überparteiliche Motion zur Seewassernutzung für Nidau

Ressort	Tiefbau und Umwelt
Sitzung	19. September 2019

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Wir kommen zum Traktandum 4. Ich erteile das Wort dem zuständigen Gemeinderat Philippe Messerli.

Ressortvorsteher Tiefbau und Umwelt, Philippe Messerli: Liebe Stadtratspräsidentin, werte Stadträtinnen und Stadträte, liebe Gäste aus Nah und Fern. Der Gemeinderat hat Anfang August 2018 entschieden, das Projekt Seewassernutzung nicht als selbst gewählte Gemeindeaufgabe zu realisieren und daher auf die Erlangung der notwendigen Konzession zu verzichten. Namentlich der grosse Zeitdruck, der fehlende Businessplan und das grosse Risiko, das die Gemeinde mit einer Investition von 25 Millionen hätte eingehen müssen, führten zu dieser Entscheidung. Vor diesem Hintergrund hat der Gemeinderat vor gut einem Jahr im Sinne einer verantwortungsvollen Politik nicht anders entscheiden können. Sicher nicht ganz optimal waren Information und Kommunikation in diesem Geschäft. Der Gemeinderat hat aber bewiesen, dass er lernfähig ist. Er hat sich in der jüngsten Vergangenheit sehr bemüht - das sehen Sie in der Kommunikation oder mit den Informationsveranstaltungen, dass der Gemeinderat diesbezüglich grosse Arbeit leistet und ich hoffe auch zu Ihrer Zufriedenheit. Der Stadtrat hat den Verzicht auf die Erlangung der Konzession am 21. März dieses Jahrs bestätigt. Am gleichen Tag wurde die überparteiliche Motion, über die Sie heute beraten, eingereicht. Der Verzicht auf die Erlangung einer Konzession und damit auch der Verzicht auf die Realisierung der Seewassernutzung im Sinne einer freiwilligen Gemeindeaufgabe bedeutet aber nicht, dass der Gemeinderat diesem Projekt negativ oder gleichgültig gegenübersteht. Im Gegenteil: die Realisierung der Seewassernutzung bleibt für den Gemeinderat eine wichtige Priorität und eines der zentralen Legislaturziele. Mit der Seewassernutzung können wir einen grossen Schritt bezüglich Einsparung von Primärenergie, sprich Öl und Gas, machen und bezüglich CO₂-Reduktion. Dies dank der Nutzung einer erneuerbaren Energiequelle direkt vor unserer Haustüre. Die Stadt Nidau ist sehr stark mit diesem Projekt verbunden. Alle wesentlichen Bauten und Infrastrukturen befinden sich auf Nidauer Gemeindegebiet. Die Stadt Nidau ist in jedem Fall an Bord und hat auch die Möglichkeit, auf dieses Projekt Einfluss zu nehmen. Und das ist auch gut so. Es gibt ein paar wichtige Elemente. Erstens: das Pumpwerk. Geplant ist, dass dieses Pumpwerk vis-a-vis der ehemaligen Coop-Tankstelle entsteht. Es soll zu üblichen Konditionen und Preisen im Baurecht abgegeben werden. Und es wird, wie es die Motion fordert, im Vertrag auch einen Passus geben, der eine genügende Durchflusskapazität für das Wärmenetz in Nidau garantiert.

Zweitens: Die Heizzentrale. Die Wärme wird dem Seewasser mit einer Wärmepumpe entzogen. Dazu braucht es eine Heizzentrale. Die ist im Alpha-Gebäude an der Schlosstrasse geplant. Für die Nutzung dieses Gebäudes, für den Energieverbund, wird ein Dienstbarkeitsvertrag zu marktüblichen Konditionen abgeschlossen. Wie der Baurechtsvertrag geht auch der Dienstbarkeitsvertrag zuerst an den ESB über und soll später auf die AG übertragen werden.

Drittens: Der Ausbau des Verteilnetzes. Der Ausbau des Verteilnetzes in Nidau erfolgt über mehrere Etappen. Das betrifft hauptsächlich die Wärmekunden und natürlich gemäss Verkaufserfolg. Schon jetzt gibt es diverse Anfragen. Die Stadt Nidau gewährt die Durchleitungsrechte. Zurzeit wird noch der Perimeter abgeklärt. Es geht darum, das Netz möglichst zu optimieren.

Viertens: Energieversorgung. Die Erschliessung erfolgt über das Stromnetz der EV Nidau. Daraus ergeben sich auch die Erträge der Stadt Nidau über die Netznutzung und über die Gemeindeabgaben.

Fünftens: Die Beteiligung. Nach den Turbulenzen der vergangenen Monate sind der ESB und die Stadt Nidau bestrebt, das Projekt Seewassernutzung partnerschaftlich voranzutreiben. Dies umso mehr – ich habe es bereits gesagt – weil sich ein grosser Teil des Seewasserprojekts auf Nidauer Boden befindet und auch für die Nidauerinnen und Nidauer realisiert wird. Mit dem Angebot des ESB, für eine Minderheitsbeteiligung von 25 Prozent, würde sich die Stadt Nidau einen Verwaltungsratssitz und damit auch das Mitspracherecht bei Produktion, Betrieb und Preisgestaltung sichern. Dazu ist allerdings zu sagen, dass der Einflussnahme auf die Preispolitik enge Grenzen gesetzt sind. Die Preise werden vornehmlich durch den Markt diktiert und die Handlungsspielräume sind entsprechend eng. Gleichzeitig ist vorgesehen, dass die Vorleistungen, die die Stadt Nidau erbracht hat, ins Aktienkapital eingebracht werden können. Der Gemeinderat wird dem Stadtrat einen Antrag über eine Beteiligung vorlegen, wenn die offenen Punkte geklärt sind. Es steht noch viel Arbeit an. Der Baurechtsvertrag fürs Pumpwerk und der Dienstbarkeitsvertrag für die Nutzung der Heizzentrale müssen abgeschlossen werden. Dann muss eine Wirtschaftlichkeitsrechnung erstellt werden. Das Tarifmodell muss erarbeitet werden und es müssen die Grundlagen für die Gründung einer AG als Geschäftsmodell erstellt werden. Erst dann – und wenn vom Kanton die Konzession vorliegt – können wir auch eine definitive Entscheidung fällen, ob wir uns an diesem Projekt beteiligen wollen oder nicht. Eine Beteiligung kommt für den Gemeinderat nur dann in Frage, wenn die Wirtschaftlichkeit der Seewassernutzung gegeben ist und die Modalitäten bezüglich der AG geklärt sind.

Ich komme zum Schluss: Ich möchte noch einmal kurz zusammenfassen, was wir für Vorteile haben bei diesem Beteiligungsmodell, bei diesem Weg, den wir hier als Gemeinderat aufzeigen möchten. Erstens: Nidau sichert sich durch die Beteiligung ein Mitspracherecht, ohne ein allzu grosses finanzielles Risiko einzugehen. Wir haben als Gemeinde im Unterschied zum ESB keinen Zeitdruck und die Beteiligung erfolgt erst dann, wenn alles genau geklärt ist und auch die Wirtschaftlichkeit gegeben ist.

Zweitens: Es wird eine gute Basis für eine erfolgreiche Realisierung des Seewassernutzungsprojekts gelegt. Dies in Partnerschaft der Stadt Nidau mit dem ESB.

Drittens: Bisher erbrachte Leistungen können ins Aktienkapital eingebracht werden.

Und Viertens: Der Gemeinderat erfüllt mit diesem Werk den politisch breit abgestützten Willen des Stadtrats, der in einer überparteilichen Motion gefordert wird. Und natürlich hoffen wir als Gemeinderat, dass jetzt mit der Überweisung der Motion, mit dem Weg, den wir Ihnen hier vorzeichnen, die Wirren rund um das Projekt besänftigt werden und Ruhe einkehren kann. Es geht

um nicht mehr und um nicht weniger als die Realisierung von diesem Seewasserprojekt. Dies ist das Ziel, das wir erreichen möchten. Der Gemeinderat beantragt mit Punkt 1, dass wir jetzt noch nicht über die Beteiligung an sich entscheiden, sondern dass der Stadtrat dereinst über die Beteiligung entscheiden kann, sobald die Grundlagen vorliegen. Mit Punkt 2, beim Baurecht, Garantie der Durchflusskapazität, dort wird die Annahme als Richtlinienmotion beantragt, weil dies die Kompetenz des Gemeinderats betrifft. Ich danke Ihnen für die Unterstützung dieser Motion.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Besten Dank. Ich erteile das Wort dem Motionär Markus Baumann.

435

Motionär, Markus Baumann: Zunächst einmal vielen Dank an Philippe Messerli und herzlichen Dank an den Gemeinderat für die sehr detaillierten Antworten. Die Botschaft, die der Stadtrat dem Gemeinderat gesendet hat, ist angekommen beim Gemeinderat. Ich bin zufrieden mit dieser Antwort und unterstütze diese. Vielen Dank.

440

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Besten Dank. Wir kommen zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

1. Einstimmige Annahme als Motion in Bezug auf den ersten Punkt (Beteiligung).
2. Einstimmige Annahme als Richtlinienmotion in Bezug auf den zweiten Punkt (Durchflusskapazität).

445

5. Fällung von Bäumen in der Schutzzone (Mittelstrasse/Stadtgraben

Ressort	Tiefbau und Umwelt
Sitzung	19. September 2019

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Wir kommen zum letzten Traktandum 5. Ist die Interpellantin mit der Auskunft des Gemeinderates so zufrieden?

450

Interpellantin, Esther Kast: Guten Abend miteinander. Besten Dank für die ausführliche Beantwortung dieser Interappellation. Ich schätze es sehr, dass ich nun proaktiv über die Fällung von Bäumen informiert werde. Es wird erwähnt, dass diese Ersatzpflanzungen an der Mittelstrasse erfolgen. Bei der Mittelstrasse wird dies vermutlich noch länger dauern, da diese seit Jahren immer wieder hinausgeschoben wird. Ich weiss nicht, ob es gleich wie beim Kindergarten Birkenweg wird, wo wir seit bald dreissig Jahren ein Provisorium haben. Ich hoffe, bei der Mittelstrasse wird es etwas schneller gehen. Und noch etwas: Linden sind keine Platanen. Ich hoffe sehr, dass beim Werkhof jemand eingestellt wird, der eine Ahnung von Baumpflege hat. Vielen Dank.

460

Einfache Anfragen

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Gibt es einfache Anfragen aus der Ratsmitte?

Markus Baumann, SVP: Wie Sie alle wissen, finden am 20. Oktober die Nationalratswahlen statt. Es ist ein immer wiederkehrendes Thema. Mir geht es darum, dass geklärt wird, was Sache

465

bei den Plakatständern ist, bei kantonalen und eidgenössischen Wahlen. So wie mir zu Ohren gekommen ist, werden für Parteien keine Plakatständer der Gemeinde Nidau zur Verfügung gestellt bei nationalen Wahlen. Die Verwaltung hatte dies selbst festgestellt und mir im November geantwortet, dass aufgrund der steigenden Nachfrage dies geprüft werde. Man habe auch eine Abklärung in Auftrag gegeben. Dasselbe versprechende Wort im April und bis jetzt ging einfach nichts.

Es ist ein Anliegen, dass dies unter allen Parteien hier angesprochen wird, weil es interessant ist, zu wissen, was wir dürfen und was wir können. Ich möchte hier gerne wissen: Was ist geplant, wann können wir damit rechnen, zu wissen, was wir wirklich dürfen und können. Und im November wurde noch von einem Treffen mit der APG gesprochen. Auch dort hätte ich gerne eine Stellungnahme dazu. Besten Dank.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Ich erteile das Wort der zuständigen Gemeinderätin Sandra Friedli.

Ressortvorsteherin Sicherheit, Sandra Friedli: Ich gebe gerne Auskunft. Die Handhabung war bis jetzt immer so: für kulturelle Anlässe einerseits und für unsere Gemeindewahlen und Gemeindeabstimmungen hat unsere Gemeinde immer eine gewisse Anzahl Plakate, Plätze und Ständer zur Verfügung gestellt. Nun ist es so, dass in letzter Zeit vermehrt Plakate für nationale und kantonale Wahlen und Abstimmungen abgegeben wurden. Dort war es bis anhin so: was abgegeben wurde, wurde rausgestellt.

Dadurch, dass es immer mehr Anfragen für solche Plakate gab einerseits und andererseits als die Frage gestellt wurde, ob es eine Regelung darüber gibt, wer wie wo was aufstellen darf, haben wir versucht, Wahrheit zu schaffen und dem Ganzen etwas auf den Grund zu gehen. Wir haben dazu einen Rechtsanwalt beigezogen, der prüfte, wie die rechtliche Situation aussieht. Das sorgte für Zeitverzögerungen – das sind meist sehr gefragte Leute und wir mussten etwas lange auf die Rückmeldung warten.

Erste Rückmeldungen haben bis jetzt zwei Dinge ergeben: Erstens ist eine Gemeinde nicht verpflichtet, auf ihrem Gebiet Plakate aufzustellen – eine Gemeinde muss diesbezüglich gar nichts. Zweitens, falls es eine Gemeinde trotzdem macht, ist das oberste Gebot, dass absolute Rechtsgleichheit herrschen muss.

Das hat bis anhin noch nicht funktioniert. Wie gesagt, wenn jemand Plakate abgibt, für nationale oder kantonale Wahlen, hätte man eigentlich gleichzeitig alle anderen Parteien involvieren müssen, damit sie wissen, dass sie diese Möglichkeiten auch haben. Man hätte ganz klar festhalten müssen, wie viele Plakate man wo aufstellen darf. Bis jetzt war das nicht so gewährleistet. Und es ist uns ganz wichtig, dass wenn man Plakate aufstellt, dass auch alle Parteien, respektive Pro- und Contra-Lager die gleichen Möglichkeiten haben.

Es ist tatsächlich so, dass dies in vielen Gemeinden möglich ist, dass man Plakate aufstellen kann, aber gleichzeitig haben viele Gemeinden Probleme damit, denn wenn die Abstimmung hinterher nicht so ausging, wie man es sich erhofft hatte, gab es Fälle, in denen man die Gemeinde dafür mitverantwortlich machte.

Nun das zweite, das uns aufgefallen ist, dass unser Vertrag, den wir seit 1990 mit der APG haben, das zusätzliche Aufstellen von Plakaten auf unserem Stadtgebiet durch die Gemeinde eigentlich gar nicht zulassen würde. Also haben wir uns schon die ganze Zeit in einem Graubereich bewegt. Wir haben die Möglichkeit – diese haben wir bis anhin auch nicht genutzt – dass wir für Gemeindewahlen diese Plakatflächen der APG blockieren lassen, damit die Parteien dort im Vorfeld der Gemeindewahlen ihre Plakate gratis aufhängen lassen dürfen.

515 Nun ist es so, dass wir momentan dabei sind ein Merkblatt auszuarbeiten, das dem Gemeinderat vorgelegt wird, mit dem Ziel, dass wir eine möglichst transparente Handhabung haben, die stabil ist. Sobald es soweit ist, wird darüber selbstverständlich informiert und auf der Website publiziert. Bis dahin gilt Folgendes: für nationale und kantonale Wahlen nehmen wir nichts entgegen, da kann man auf der Gemeinde im Moment nichts abgeben. Für die Gemeindewahlen von Nidau sind bereits jetzt die APG-Plätze reserviert. Für kulturelle Anlässe nehmen wir selbstverständlich Pla-
520 kate entgegen.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Besten Dank. Gibt es weitere Anfragen aus der Ratsmit-
te?

525 **Roland Ruthishauser, SVP:** Werte Stadtratspräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das Greenhorn des Stadtrats hat eine Anfrage betreffend Signalisation am Alexander Funk-Weg. Ich habe festgestellt, dass entlang der Schule das dreiteilige Motorfahrzeug Verbot durch ein allgemeines Fahrverbot ersetzt wurde. Ich frage mich, was das soll. Wenn dort Schulkinder kommen, soll ich jetzt absteigen und 100 Meter bis zum Schulhaus laufen. Das macht niemand. Ich habe
530 beobachtet, dass dort alle mit dem Velo durchfahren – ich auch! Ich warte auf den, der mich dort büst. Ich frage mich, wer den Entschluss gefasst hat, dort diese Anpassung vorzunehmen und wann und wo dies publiziert wurde.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank. Ich erteile das Wort der zuständigen Ge-
535 meinderätin Sandra Friedli.

Ressortvorsteherin Sicherheit, Sandra Friedli: Werte Anwesende. Wir hatten in diesem Ge-
biet sehr viele Eingaben, vor allem aus dem Elternrat, betreffend Schulwegsicherheit - schon seit
540 längerer Zeit - insbesondere weil Velofahrer die Sicherheit der Kinder auf dem Schulweg gefährden. Wir haben die Forderungen in einem ersten Schritt zurückgewiesen und darauf aufmerksam gemacht, dass wir im Moment ein Gesamtverkehrskonzept erstellen lassen, welches all diese Fragen gesamtheitlich betrachtet, sodass wir dieses Problem hoffentlich auch gesamtheitlich lösen können. Das hat leider aber noch nicht zur Befriedigung oder zu einer guten Lösung mit dem Elternrat und den Eltern geführt. Deshalb haben wir uns anschliessend dazu entschlossen, dass wir
545 uns die Situation nochmals anschauen. Es hat ein Treffen zwischen der Stadt, der Bevölkerung, der Verkehrspolizei und jemandem von der Signal AG stattgefunden, die sich das Ganze anschauen gingen und sich gemeinsam berieten, was man tun könnte, um die Situation zu verbessern. Wie richtig erwähnt, wurde die Situation verändert, aber – wie ebenfalls richtig erwähnt, und das haben wir nun auch gemerkt – haben wir die Situation nicht wirklich verbessert. Die Fussgänger
550 sind zwar einigermaßen zufrieden, aber die Velofahrer halten das Verbot eben nicht ein. Also die Situation ist nicht befriedigend. Mehr kann ich im Moment nicht sagen. Ich gehe davon aus, dass wir in diesem Gebiet momentan nichts mehr tun werden, denn es hat keinen Sinn, einzelne kleine Massnahmen zu machen, die dann doch nicht eingehalten werden. Das Ganze muss zwingend im Rahmen des Gesamtverkehrskonzepts, in einem grösseren Rahmen betrachtet werden, damit es schlussendlich für alle Verkehrsteilnehmer funktioniert. Zur Publikation kann ich gerade keine
555 Antwort geben. Ich gehe davon aus, dass wenn man es muss, es auch erfolgt ist.

Mitteilungen

560 **Stadtratspräsidentin Amélie Evard:** Wir kommen zu den Mitteilungen der Stadtratspräsidentin: Thomas Marolf hat seinen Rücktritt als Stadtrat per 1. Juli 2019 eingereicht, er ist seit Anfang 2018 im Stadtrat und hat bei der SVP-Fraktion politisiert. Ich bedanke mich an dieser Stelle bei Thomas Marolf für seine Arbeit und wünsche ihm auf seinem weiteren Weg alles Gute. Wir haben zudem eine weitere Verabschiedung. Ralph Lehmann von der Bürgerlichen Fraktion hat ebenfalls
565 seinen Rücktritt per 30. September 2019 bekanntgegeben. Ralph Lehmann ist eine langjährige, geschätzte Politgrösse. Er war von 2002 bis 2005 im Elternrat, 2005 in der Schulkommission, von 2007 bis 2009 im Stadtrat, den er 2009 präsidierte, 2010 bis 2013 war er Gemeinderat, und von 2014 bis heute Stadtrat. Ich bedaure den Rücktritt von Ralph Lehmann persönlich sehr, ich danke aber auch dir, Ralph, für die geleistete Arbeit und dein riesiges Engagement in der Politik und für
570 die Bevölkerung und wünsche auch dir für die Zukunft nur das Beste.

Ralph Lehmann: Vielen Dank für diese Würdigung. Es ist nicht üblich, dass man im Stadtrat persönlich verabschiedet wird, aber da es natürlich die letzte Sitzung ist und man die Gelegenheit hat: Herzlichen Dank! Es war eine interessante Zeit, da sind viele Leute, die mich in diesen Jahren begleitet haben. Es war für mich vor allem auch immer wieder wichtig, dass man einen demokratischen Weg einschlagen konnte, und möchte einfach allen danke sagen, die mich auf diesem Weg begleitet haben, und wünsche alles Gute für die Zukunft.

Stadtratspräsidentin Amélie Evard: Es ist so. Es ist nicht üblich, aber ich glaube, Sie haben
580 gehört, was Ralph Lehmann alles für die Stadt Nidau geleistet hat und ich habe mir erlaubt, ihn an seiner letzten Stadtratssitzung nach so langer Zeit – siebzehn Jahre – in der Politik, das persönlich zu übergeben.

Es gibt eine zusätzliche Information zur Partnerschaft mit Schiengen. Sie wissen, unser Partnerschaftsstädtchen ist seit 1989 unsere Partnerstadt. Diesbezüglich haben Sie die Einladung von Schiengen erhalten für den 13. Oktober 2019. Ich hoffe sehr, dass ein paar von Ihnen mich an
585 diesem Sonntag nach Schiengen begleiten werden. Zudem wird nebst dem heutigen Anlass auch am 19. Oktober 2019 die dreissigjährige Partnerschaft gefeiert.

Die nächste Sitzung des Stadtrates findet am 21. November 2019 statt. Ich bedanke mich für die konstruktive und effiziente Mitarbeit und schliesse somit die dritte Stadtratssitzung ab. Die geladenen Gäste treffen sich im Anschluss.
590

NAMENS DES STADTRATES

Die Präsidentin

Der Sekretär